



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

10. Sitzung (öffentlich)

8. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006) | 1 |
|----------|--|----------|

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

- Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

In Verbindung damit:

Späte Einbringung des Haushalts 2006 gefährdet soziale Einrichtungen

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/710

- Verfahrensverständigung (§ 79 Abs. 7 GeschO)

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD (*siehe Anlage 2*) zum Antrag „Späte Einbringung des Haushaltes 2006 gefährdet soziale Einrichtungen“ der Fraktion der SPD Drucksache 14/710 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/710 wird für erledigt erklärt.

2 Ein Jahr SGB II - Erfahrung und Konsequenzen

20

- Gespräch mit Sachverständigen nach Vereinbarung der Fraktionen

Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Christiane Schönefeld, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit	14/201	20, 38
Peter Lorch, Geschäftsführer der Arge Düsseldorf	14/190	22, 36
Ulrich Odebralski, Geschäftsführer der Arge Märkischer Kreis	14/202	26, 37
Dr. Wolfgang Ballke, Kreisdirektor des Kreises Steinfurt	14/179	29, 37, 39

- | | | |
|----------|--|----|
| 3 | Gesetz zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuchs | 40 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1072
- Verfahrensverständigung (§ 56 GeschO) | |
| | Der Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf unter Beteiligung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform eine Anhörung durchführen. | |
| 4 | NRW muss den Veränderungsprozess der EU-Dienstleistungsrichtlinie mitgestalten | 40 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/869
<u>In Verbindung damit:</u>
EU-Dienstleistungsrichtlinie: Abwärtsspirale bei Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards verhindern!
Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/879 | |
| | Der Ausschuss gibt kein Votum an den federführenden Hauptausschuss ab. | |
| 5 | Verschiedenes | |
| | a) AGS-Sitzung am 22. März 2006 | 41 |
| | b) Baustelle Klinikum Minden | 41 |
| | c) Vogelgrippe | 41 |
| | d) Verabschiedung von Ausschussassistent Herrn Peter Kemmerich | 42 |

3 Gesetz zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuchs

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1072

- Verfahrensverständigung (§ 56 GeschO)

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt auf Nachfrage fest, dass der AGS-Ausschuss zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchführen werde, an der der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform beteiligt werde. Die Obleute sollten sich am Rande des nächsten Plenums auf einen Termin für diese Anhörung verständigen.

Norbert Post (CDU) äußert den Wunsch, das Obleutegespräch direkt im Anschluss an die laufende Ausschusssitzung durchzuführen.

Barbara Steffens (GRÜNE) wendet ein, sie habe einen Anschlusstermin. Man könne das auch im Umlaufverfahren klären.

Vorsitzender Günter Garbrecht kündigt an, dass das Ausschusssekretariat den Obleuten am Rande des nächsten Plenums einen schriftlichen Vorschlag für einen Anhörungstermin vorlegen werde. Würden die Fragen seitens der Fraktionen genauso zügig vorgelegt, stünde der Einhaltung des Terminplans nichts im Wege.

4 NRW muss den Veränderungsprozess der EU-Dienstleistungsrichtlinie mitgestalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/869

In Verbindung damit:

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Abwärtsspirale bei Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards verhindern!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/879

Vorsitzender Günter Garbrecht äußert sein Bedauern, dass der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in diesem Punkt die im Plenum angestrebte Verständigung nicht erzielt habe. Beide Anträge sollten daher ohne Votum an den Hauptausschuss weitergeleitet werden.

Ansichts der vorliegenden Entwürfe für die Dienstleistungsrichtlinie sei es in der Tat zutiefst bedauerlich, so **Barbara Steffens (GRÜNE)**, dass gerade aus sozialpolitischer

